

*Kriminalität:*  
Kriminelles Vermögen  
beschlagt

*Reform:*  
Löschnak und die  
Sicherheitsmilliarde

*Bericht:*  
Geheimdienst  
der EU

04/13

**kripo.at**



VEREINIGUNG  
KRIMINALDIENST  
ÖSTERREICH



# DER ZUND

## LÖWENMAUL & WHISTLEBLOWER

# Geht's auch ohne Blutbad?

betitelt der Kurier-Journalist Ricardo Peyerl seine Kolumne nach den tödlichen Schüssen von WEGA-Beamten auf einen Gewalttäter. Ein 52-jähriger Mann, der vermutlich an paranoider Schizophrenie gelitten hatte, kam ins Visier der Polizei, weil er zwei Bauarbeiter mit einem Messer bedrohte. Als zwei Beamte der Liesinger Polizei einschritten, ging er mit dem Messer auf eine Beamtin los. Einem WEGA-Beamten erging es nicht anders und nur die Schutzweste verhinderte, dass der Stich nicht den Körper des Beamten traf.

Frage an Herrn Peyerl: Wie hätten Sie die Situation bereinigt? Ihn mit Ihren Traktaten gegen die Polizei niedergeschrieben? Ihn mit einem intellektuellen Gespräch über Gewaltausübung ruhig gestellt?

Für die Polizei ist die einzige Möglichkeit einen bewaffneten Tobenden zu bändigen, ihn zu neutralisieren. Das Waffengebrauchsgesetz definiert eindeutig, wann ein lebensgefährdender Waffengebrauch gesetzeskonform ist. Das die Polizisten geschossen haben, ist für mich verständlich und so wird eine unabhängige Stelle feststellen, auch gesetzeskonform gewesen. Mit Sicherheit wollten sie den Mann nicht töten, sondern ihn von weiteren Attacken abhalten. Ich bin mir sicher, dass Herr Peyerl noch nie einem aggressiven Bewaffneten gegenüberstand, ich schon. Lange Zeit zum Überlegen hat man dabei nicht und es überwiegt die Sorge um das eigene Leben. Warum die Beamten geschossen und nicht einen Taser eingesetzt haben, weiß ich nicht. Vermutlich war keiner vorhanden und selbst wann, war er wahrscheinlich nicht an vorderster Stelle um eingesetzt zu werden.

Ja und dann wird noch die 9x kluge Nachbarin zitiert, die meint, es ist ihr unverständlich, dass man auf den Mann schießen konnte, er sei doch immer so freundlich gewesen. Ihre Aussage hätte ich gerne gehört, wenn statt den Bauarbeitern sie mit dem Messer bedroht worden wäre. Egal, Privatmeinung.

Schlussendlich schreibt Peyerl, dass es auffällig sei, dass Polizeibeamte meistens auf psychisch Kranke schießen. Ja, das machen wir gerne. Wir suchen psychisch Kranke um sie erschießen zu können, schon pervers diese Polizisten. Eine beigefügte Chronologie listet die Fälle auf. 4 Fälle aus ganz Österreich sind dort seit August 2002 angeführt (wobei der Fall eines erschossenen Einbrechers aus Krems gar nicht unter diese Kategorie fällt). Mir zeigt dies, dass in Fällen, in denen Polizisten einem geistig intakten Menschen gegenüberstehen, sehr wohl verbal agieren und offensichtlich auch überzeugen können. Bei schwer Betrunkenen und psychisch Kranken ist es halt eher schwierig.

„Die Exekutive müsste im Vorfeld darauf vorbereitet sein, was für brenzliges Szenario sie erwartet“. Ihr Wort in Gottes Gehörgang Herr Peyerl. So wenig wie Sie jemals einem Tobenden gegenübergestanden sind, so wenig wurden Sie jemals zu einem Notfall entsendet. In der Regel weiß man als Polizist fast nichts, wenn man zu einem Tatort geschickt wird. Ich habe in der Funkstelle Dienst gemacht und weiß, was ängstliche Anrufer von sich geben. Informationswert meist Null, man ist schon froh, wenn man den Ort klar lokalisieren kann. Und dann soll der Polizist wissen, dass ein Aggressiver vielleicht psychisch krank ist und sowieso außer Obligo ist, weil er ja immer freundlich zu den Nachbarn ist.

Vor Jahren gab es die s.g. Steckzettelkartei, in der sämtliche Informationen über Menschen aufgelistet waren, die für ein polizeiliches Einschreiten eventuell relevant wären. Darunter waren die s.g. „Ges-Vormerkungen“, also Einweisungen in eine psychiatrische Klinik etc. Waren es nicht gewisse Gruppen mit einer eindeutigen journalistischen Ausrichtung und Journalisten, die vehement gegen solche Informationen vorgingen? Die Polizei braucht nicht zu wissen, dass jemand Schizophrenie oder Ähnliches hat, hieß es damals. Jetzt soll aber der Polizist, der zuvor noch nie mit dem Menschen der ihm, vielleicht mit einer Waffe, gegenübersteht, alles wissen.

Man sollte bei der Neuaufnahme von Polizisten vielleicht gewisse hellseherische Fähigkeiten verlangen.

**Richard Benda**  
Präsident



## news

Nationale & Internationale	5
Shortcuts	

## top-thema

- Vom Löwenmaul zum Whistleblower	6
- Ein Gulasch & ein Seidl Bier	9

## kriminalität

- Geldhahn europaweit zuge-dreht	11
- Die Rückkehr der Plünderer	27

## bericht

- Der Geheimdienst der EU	13
- Bereit für die Stunde X	15

## intern

- Polizeialltag im Krankenhaus	16
- Treffen der Sektionsleiter	16
- 10 Jahre Bundeskriminalamt	16
- VKÖ-Veranstaltungen	17
- Das kripo.at Rätsel	17
- VKÖ-Veranstaltungen	18
- Pensionistenausflug 2013	
- VKÖ Stipendiaten	19

## reform

Löschnak und die Sicherheits-milliarde	21
--	----

## technik

Shitstorm	25
-----------	----

## kommentar

Zund 3.0	29
----------	----

## mix

Buchtipps	30
-----------	----

**USA: Überwachung des Eigenheims**

Steuerung via mobiler App ermöglicht Kontrolle über Haushaltsgeräte. Der US-Mobilfunkanbieter AT&T startete mit einem Sicherheitssystem für das Eigenheim seiner Kunden durch, das über Smartphones oder Tablets kontrolliert wird. Der Service heißt "Digital Life" und erlaubt den Nutzern, ihre Sicherheitskameras, Türschlösser, Lichter, die Innentemperatur und andere Funktionen im Haushalt über eine mobile App zu steuern. Diese ist sowohl für Apple und Android als auch für Windows verfügbar.



**Korea: Handy mit Solarenergie laden**

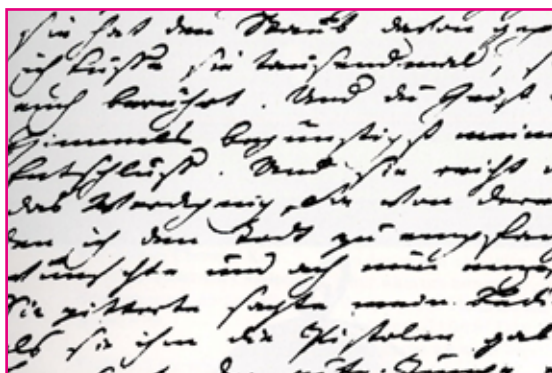
Einsatzkräfte die unterwegs sind können bald eine solarbetriebene Steckdose der Designer Kyuho Song und Boa Oh an jegliches Fenster heften und sie als Standard-Stromversorger nutzen. Die Solar-Steckdose ist für sämtliche Situationen und Standorte verfügbar, sei es in der Wohnung, auf einem Schiff oder im Auto. Sobald sie mit Sonnenlicht "aufgefüllt" wurde, kann sie wieder entfernt werden, wobei sie weiterhin das angeschlossene Gerät unterwegs auflädt. Die umweltfreundliche Innovation hat eine 1.000 mAh starke Batterie eingebaut und kann somit Kleingeräte wie Smartphones aufladen. Devices mit einer höheren Stromspannung wie Staubsauger müssen aber weiterhin auf traditionelle Art betrieben werden.



**Deutschland: "Krakelschrift" wird lesbar**

Rostocker Forscher <http://www.uni-rostock.de> haben gemeinsam mit einem Schweriner Softwareunternehmen ein Computerprogramm entwickelt, das unlesbare Handschriften entziffern kann. "Die Leistung ist heute nicht mehr das Lesen maschinengeschriebener Texte, das kann jeder Scanner, sondern die Entzifferung von Handschriften. Denn nicht jede Handschrift kann aussehen wie ein Kulturdenkmal. Es ist auch eine liebenswerte Spur der Persönlichkeit", sagt der Mathematiker Roger Labahn.

Auch bei den Programmen der Post müsste ein gewisser Teil der handschriftlich notierten Adressen von Menschen gelesen werden, so der Rostocker Forscher T.Strauß. Denn Menschen können meist problemlos schnörkelige Schrift



entziffern, Maschinen dagegen nicht. Die hohe Kunst der Schriffterkennungsprogramme bleibt vorerst die Entzifferung gebundener Schrift. "Wenn man nicht weiß, was die Handschrift bedeuten soll, dann ist es schwer, sie zu lesen", erläutert Labahn.

**USA:**

**Politiker verschenkt Waffe über Twitter**

Dallas/Gusborn (pte002/14.05.2013/06:05) - Der texanische Politiker Steve Stockman hat seinen Twitter-Account <http://twitter.com/ReElectStockman> dazu genutzt, um eine kostenlose AR-15-Waffe an seine Anhänger zu bringen. Interessenten müssen lediglich ihren Namen abgeben, um die Schusswaffe gewinnen zu können, dessen Marke auch während des Sandy-Hook-Massakers verwendet wurde. Kurz nach der Veröffentlichung hatte die Ankündigung bereits über 100 Retweets. Auf der Webseite sollen Teilnehmer ihren Namen eingeben und "die Waffe gewinnen, die Obama ihnen nicht gönnt". Die Verlosung soll am 4. Juli stattfinden. Auf Facebook wurde ein ähnlicher Wettbewerb jedoch von der Seite entfernt. Die Bewerber müssen dafür mindestens 18 Jahre alt sein und alle relevanten staatlichen und lokalen Richtlinien erfüllen. Die Waffe wird den Interessenten daraufhin von einem lizenzierten Händler überreicht. Stockman hatte erst kürzlich einen ebenfalls überaus umstrittenen Autoaufkleber mit dem Slogan "Wenn Babys Waffen hätten, würden sie nicht abgetrieben", herausgebracht.



**Politik erkennt Twitter-Potenzial**

Laut dem Social-Media-Experten Reinhard Goy <http://sms.twitt-erfolg.de/about.html> ist der Trend, dass auch die Politik nun vermehrt die Gunst von Twitter und Co nutzt, auch im deutschsprachigen Raum eindeutig zu sehen. "Die Politiker haben das Potenzial von sozialen Medien durchaus erkannt und versuchen sie dementsprechend effizient zu nutzen", sagt er. Die Zielgruppen und die Reichweite seien jedoch mit der in Amerika nicht vergleichbar. In Deutschland beispielsweise sei Twitter vor allem bei der Generation weitläufig vertreten, die das Medium mobil nutzt. "Diese sind meistens unter 40 Jahren", führt Goy aus. Aber auch Facebook würde vermehrt von den Älteren für sich entdeckt.

**Soziale Netzwerke entscheiden**

Welche Kampagnen - seien sie noch so umstritten - über die Plattformen geführt werden, entscheiden grundsätzlich die Verantwortlichen der sozialen Netzwerke selbst. "Teilweise werden sie aber auch aufgrund von Protesten dazu genötigt, derartige Inhalte zu entfernen", schließt der Experte ab.



# Vom Löwenmaul zum Whistleblower

*Vor einiger Zeit wurden vom Bundesministerium für Justiz eine Homepage eingerichtet auf der anonyme Anzeigen entgegengenommen werden. Gleichzeitig verlangten einige Abgeordnete im Parlament die Einrichtung solcher Seiten auch für andere Ministerien und Dienststellen. Die offizielle Begründung dieser Forderung ist der Kampf gegen die Korruption. Die Frage welche sich in diesem Zusammenhang erhebt, ist: "Wie gläsern soll der Mensch in Zukunft sein"?*

"Bocca Leone" hieß das allseits gefürchtete Löwenmaul im alten Venedig. Das dem Markuslöwen nachgebildete Symbol war ein über die ganze Republik verteiltes Briefkastensystem welches dazu diente, Anzeigen und Beschwerden an staatliche Institutionen zu richten. Die Geheimhaltung der Anzeigen wurde grundsätzlich zugesagt. Im Falle anonymer Mitteilungen versprach man nur in äußerst schwerwiegenden Fällen vorzugehen. Die Wirklichkeit war anders. Alle Anzeigen wurden in der Folge bearbeitet und dort wo die Indizienkette nicht ausreichte wurde oft mit den damals üblichen Hilfsmitteln der Gerichtsbarkeit entsprechend nachgeholfen. Immerhin ging es ja nicht immer um ein-

fache Rechtsverstöße, sondern oftmals um politische Macht und Ränkespiele.

## **Venedig war keine Ausnahme**

Venedig war jedoch keine Ausnahme. Kirchliche Einrichtungen zur Zeit der Inquisition bedienten sich, ebenso wie viele absolutistisch geführte Staaten, dieses Systems. Auch private Gesellschaften wie die Hanse oder die Ostindische Handelscompagnie, waren Nutznießer eines gut funktionierenden Spitzelwesens. Lebensgefährlich war die Denunziation auch im sogenannten "Dritten Reich". Ob politischer Witz, oder angebliche "Vergehen", der Weg führte geradewegs ins Zucht-

haus, die Konzentrationslager oder in den Tod.

Auch die DDR, welche über das wahrscheinlich größte professionelle Spitzelsystem in der europäischen Geschichte verfügte, sicherte auf diese Weise ihr Machtmonopol. Wer in die Maschen des feingeknüpften Netzes der Staatssicherheit geriet, bezahlte meist, mit jahrelangem Zuchthausaufenthalt. Auch die anderen Staaten des Ostblocks hatten dieses System weitgehend perfektioniert.

Die Zeit und vor allem die Geschichte haben ihr Urteil über all diese Staatsformen und ihre meist fragwürdigen Rechtssysteme gesprochen. Man konnte daher

lange Zeit davon ausgehen, dass in den westlichen Demokratien derartige Methoden keine Anwendung mehr finden würden.

Allerdings wurden im englischen bzw. englisch beeinflussten Recht, im Gegensatz zu unserer Rechtsprechung, die sogenannten "Whistleblower" in besonderer Weise berücksichtigt. Man denke dabei an die Kronzeugenregelung die bei uns noch nicht allzu lange in Gültigkeit ist.

### Kronzeugenregelung

Seit 1997 war in Österreich die sogenannte „kleine Kronzeugenregelung“ in Kraft (§ 41a StGB). Aus welchen Gründen immer, war sie nie von wirklicher Bedeutung. Anders die neu geschaffene „großen“ Kronzeugenregelung (§ 209a StPO) Der Gesetzgeber beabsichtigte damit einen wesentlichen Anreiz zur Auf-

deckung schwerer Wirtschafts- und Korruptionsstraffälle zu geben. So kann die Staatsanwaltschaft von einer Verfolgung absehen, wenn der Beschuldigte freiwillig sein Wissen über Tatsachen offenbart, die noch nicht Gegenstand eines gegen ihn geführten Ermittlungsverfahrens sind.

Eine der Folgerungen dieser Entwicklung war offenbar auch die Einführung einer eigenen Homepage des Justizministeriums auf der anonym angezeigt werden kann. Über das Online-Anzeigensystem können auch vermuteter Sozialbetrug, Finanzstrafsachen, Bilanz- und Kapitalmarktvergehen oder Geldwäscherei gemeldet werden.

Als nächsten Schritt forderte eine Parlamentsfraktion weitere anonyme Anzeigemöglichkeiten bei anderen Ministerien. Ob es sich dabei nur um politisches Kleingeld oder eine ernstzunehmende Forde-

rung handelt, kann hier nicht beurteilt werden. Gesellschaftlichen Sprengstoff bergen solche Überlegungen allemal.

### Fragen

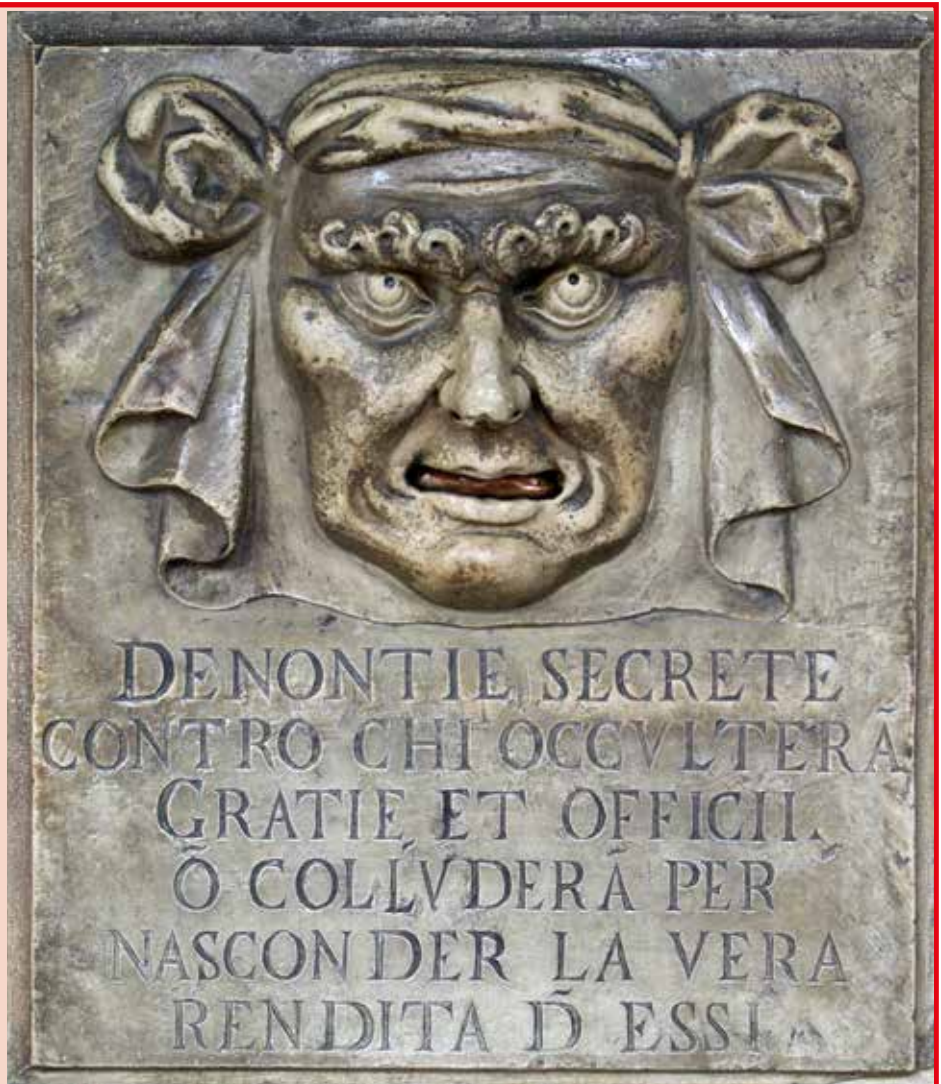
Erfahrene Kriminalbeamte die in ihrer täglichen Arbeit mit "Zundgebern" zu tun haben, wissen über die Problematik solcher Informationen Bescheid. Auf Grund ihrer Praxis können sie meistens bereits im Vorfeld Motive und Wert der einzelnen Angaben beurteilen. Ob dies Beamte in den einzelnen Ministerien auch können, ist zu bezweifeln. Das heißt in der Praxis, dass ein Großteil der eingegangenen Informationen wieder bei Polizei und Staatsanwaltschaften landen. Es stellt sich daher nicht nur die Frage nach welchen Kriterien künftig verfahren sondern wie der zunehmende Arbeitsaufwand sinnvoll bewältigt werden kann. • Josef W. Lohmann

### Das Löwenmaul

*Jeder konnte jeden anschwärzen*

*Dabei halfen ihnen auch Denunziationen: Jedermann konnte in den Dogenpalast gehen und seinen Mitbürger anonym anzeigen. Steinerne Briefschlitze, manche sogar verziert, nahmen, streng nach Behörden getrennt, die Anschuldigungen auf. So landeten etwa Anzeigen wegen Korruption in einem Briefkasten, Beschuldigungen wegen Beschädigung der Lagune in einem zweiten und Denunziationen als Ketzer in einem dritten. Inschriften unter den "Löwenmäulern" genannten Einwurfschlitzen zeigten an, welcher Art Beschuldigungen dort jeweils gesammelt wurden.*

*Und in der Sala della Bussola, dem Raum vor dem Sitzungszimmer des Rates der Zehn im zweiten Obergeschoss des Dogenpalastes, findet man auch heute noch jenes "Löwenmaul", durch das die Bürger Venedigs Zettel mit den Namen von vermeintlichen Verrätern, Spionen und Verschwörern einwerfen konnten. Für manchen, der so denunziert wurde, war dies der Anfang eines Geheimverfahrens, das mit Verhaftung, Folter und Tod endete.*





## Der "Zund": Ein Gulasch & ein Seidl Bier

Vertrauenspersonen (VP), Zund, Informant/in, Whistleblower im kriminalpolizeilichen Sinn sind Personen, die bei der Aufklärung einer bestimmten Straftat einen Hinweis (auch Zund) geben. Die Beweggründe waren und sind mannigfaltig und reichen von Rechtstreue bis Vorteilsnahme in verschiedenen Ausprägungen. Vor Jahren, also auch vor meiner Zeit, genügten angeblich ein Gulasch und ein Seidl Bier, um einen Zund zu bekommen - so erzählten die "Alten". Der Begriff Zund wurde durch den Informanten/in oder die VP abgelöst. Der so genannte Whistleblower hat heuer durch einen Whistleblower-Link auf der Homepage des Justizministeriums, über die Bürger auf vermutete Wirtschaftsverbrechen und Korruption aufmerksam machen können, ohne ihre Identität preisgeben zu müssen, einen neuen Höhepunkt erlebt und soll hier nicht näher erörtert werden.

Durch die Regulierung des VP-Wesens in den letzten Jahren mittels Erlass (der letzte stammt aus dem Jahr 2012 und wurde wieder mit dem BMJ akkordiert) konnte man eine gewisse Sicherheit er-

reichen. Die Angst vieler Kollegen, dass das Zundwesen durch eine Regelung zum Erliegen kommen werde, fand keine Bestätigung. Selbstverständlich ist eine registrierte VP, eine Person, die über einen längeren Zeitraum mit der Polizei zusammenarbeitet und der Vertraulichkeit zugesichert werden kann, von den anderen Formen der Zusammenarbeit mit der Polizei, wie zum Beispiel Personen (Informanten), die im Einzelfall mit der Polizei kooperieren, zu unterscheiden. Die VP erhält dafür bestimmte Leistungen, die einer Regelung und Kontrolle durch VP-Führer/in (VPF) und VPB (VP-Beauftragte/r) und zentraler VP-Führung unterliegen.

Die Schwierigkeiten und Intensität einer VP-Führung sind all jenen klar, die bereits eine oder mehrere VP hatten (man ist versucht zu sagen, erlitten). Dazu zählen Tatsachen wie, dass die VP vom Führer erwartet, Tag und Nacht erreichbar zu sein; Probleme bei der Aufklärung von Straftaten unter Heraushalten der VP; die Administration bei der Registrierung, der Kostenabrechnung etc.; Wünsche der VP im Bezug auf Unterstützung bei Schwierigkeiten vor Behörden, StA, Gerichten usw.

rigkeiten vor Behörden, StA, Gerichten usw.

### Das Regelwerk

- dient in erster Linie - für mich der wichtigste Punkt - den Kolleginnen und Kollegen, die VP führen und schützt sie. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass in den Jahren vor der Regelung VP Kollegen schwer in die Bredouille - sogar bis zur Entlassung - brachten. Der allgemein bekannte Fall P. geschah, als die Regelung bereits Gültigkeit hatte und stellt eklatant dar, wie auch eine noch so gute Regelung umgangen werden kann, wenn die Kontrollmechanismen nicht eingehalten werden
- es kann dadurch rechtmäßig einer VP in bestimmten Fällen geholfen werden
- eine VP kann besser "abgeschöpft" werden. Damit meine ich, dass eine VP, die bestimmte Eigenschaften aufweist, sozusagen verliehen werden kann. Mir ist ein Fall aus dem .BK in Erinnerung, wo eine österreichische VP an deutsche Kollegen übergeben wurde und in Deutschland gemeinsam mit dem VPF ausgezeichnete Arbeit leistete.



# Geldhahn europaweit zuggedreht

*Die EU will die organisierte Kriminalität dort treffen wo es sie am meisten schmerzt - kriminell erworbenes Vermögen soll künftig, über nationale Grenzen hinweg, beschlagnahmt werden können.*

Der Innenausschuss des EU-Parlaments beschloss einen Gesetzesentwurf, mit dem die Beschlagnahme von kriminell erworbenem Vermögen in Europa vereinfacht und vereinheitlicht werden soll. "Es kann nicht sein, dass sich Verbrecher mit ergaunertem Vermögen einfach davon machen können, weil die EU-Mitgliedstaaten widersprüchliche Gesetze haben" erklärte in diesem Zusammenhang der Sicherheitssprecher der ÖVP im EU-Parlament, Hubert Pirker. "Wir brauchen daher neue, einfache Regeln, um die Gewinne von Verbrechern beschlagnahmen zu können, egal wo in der EU", so Pirker. Bisher kann kriminell erworbenes Vermögen in der EU nicht ohne Weiteres be-

schlagnahmt oder eingefroren werden. 27 zum Teil widersprüchliche nationale Regelungen verhindern das. "Gerade das organisierte Verbrechen geht grenzüberschreitend vor und nutzt die Schlupflöcher, die sich aus dem Fleckerlteppich unterschiedlicher Regelungen ergeben", so der Sicherheitssprecher. So können beispielsweise Gewinne, die von Drogendealern in Österreich gemacht werden und von anderen Personen in ein anderes EU-Land gebracht werden, oft nicht beschlagnahmt werden, weil das geltende Recht die Beschlagnahme nur bei rechtskräftig Verurteilten vorsieht. "Genau dieses Schlupfloch wird nun beseitigt", so Pirker. "Es sind sowohl

Befugnisse bei der Beschlagnahme als auch die Möglichkeit vorgesehen, bei laufenden Untersuchungen Vermögen vorübergehend einzufrieren, wenn die Gefahr besteht, dass es verschwindet oder versteckt wird", erklärt der Europaabgeordnete. Die neuen Mindeststandards sollen unter anderem bei Bestechung, Geldfälschung, Terrorismus, Drogenhandel, Cybercrime, Menschenhandel, sexuellem Missbrauch und Kinderpornographie gelten. "Wir müssen die Bürger vor Verbrechen schützen und nicht die nationalen Strafrechte vor Veränderung", ist der Abgeordnete überzeugt.

## Schlupflöcher schließen

Die neuen Regeln sollen Schlupflöcher schließen. Behörden sollen leichter zuschlagen können, wenn der Täter nicht verurteilt werden kann, weil er bereits tot oder geflohen ist. Dazu will die Kommission die Justiz besser ausstatten, um Vermögen auch in dunkle Kanäle hinein zu verfolgen.

Mafiabanden schaffen ihre Guthaben nach gesicherten Erkenntnissen zunehmend ins Ausland oder übertragen es Verwandten und Stroh Männern. Auch fließt schmutziges Geld in legale Vermögenswerte wie Häuser, Autos, Restaurants oder andere Unternehmen.

Derzeit ziehen die 27 EU-Länder nach Kommissionsangaben

nur ein Prozent aller Profite von Kriminellen aus dem Verkehr. So haben Fahnder nur in Deutschland 2009 rund 113 Millionen Euro aus Straftaten der organisierten Kriminalität sichergestellt. Das klingt beeindruckend, wird jedoch im Hinblick auf jene 900 Millionen Euro welche die Täter allein in Deutschland beiseite geschafft haben relativiert. - Wichtige Einnahmen, die dem Staat vor allem in Krisenzeiten fehlen.

UNO-Schätzungen zufolge machten im Jahr 2009 die Profite aus Straftaten 3,6 Prozent der weltweiten Wirtschaftskraft aus. In der EU erwirtschafteten allein Drogenkriminelle einen geschätzten Profit von 100 Milliarden Euro, der Gewinn italienischer Mafiabanden wird mit rund 150 Milliarden Euro jährlich veranschlagt.



# Streng geheim: Der Geheimdienst der EU

*Preisfrage: Hat die EU einen Geheimdienst oder nicht? Ein deutscher Journalist und Buchautor sieht das Privatleben europäischer Bürger durch eine neue EU-Behörde gefährdet. Was wirklich dahintersteckt, lesen Sie in nachstehendem Artikel.*

Mit dem Slogan „Informationen die ihnen die Augen öffnen“ wirbt ein deutscher Verlag für seine Produkte. Einer der Autoren glänzt immer wieder mit erschreckenden Nachrichten, so im Februar dieses Jahres mit dem Titel „Die EU bekommt einen eigenen Geheimdienst“. Was da der Öffentlichkeit dargelegt wird, ist auf den ersten Blick wirklich beunruhigend. Unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Terrorismus“ sollen Europas Bürger überwacht werden und vor allem soll seit Dezember 2010 ein noch unbenannter Geheimdienst „Brüssel vor seinen eigenen Bürgern“ schützen, schreibt der Autor. Durch die Vermischung von zivilen und militärischen Überwachungsmaßnahmen werde der Datenschutz völlig ausgehebelt, wird nachgelegt. Eine der Aufgaben des namenlosen Dienstes soll auch die Koordinierung der europäischen Geheimdienste sein. Natürlich soll

der Bürger nichts von dem Geheimdienst wissen (sonst wäre er ja auch kein Geheimdienst) und so wurde die Gründung nirgends veröffentlicht und man versteckt die hohen finanziellen Ausgaben im Bereich des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Und weil je ein Geheimdienst auch seine Aufgaben geheim hält sind diese rechtlich nicht festgelegt.

Der Autor spart nicht mit Details. Bis 2004 habe man innerhalb der EU einen eigenen Geheimdienst strikt abgelehnt. Nach den Anschlägen in Madrid und London kam es 2008 zu einem Stimmungswandel, denn weder Europol noch nationale Geheimdienste hatten die Terrorattentate vorhergesehen. Über Nacht sei dann unter Umgehung sämtlicher Datenschutzbestimmungen im August 2008 ein Lage- und Analysezentrum mit dem Namen SitGen gegründet worden. 2009, so der Autor, erfolgte der nächste Schritt

zu einem EU-eigenen Geheimdienst, es wurde ein s.g. „Crisis Room“ der Europäischen Kommission gegründet. Diese beiden Stellen sollen das Fundament des 2010 gegründeten EU-Geheimdienstes sein. Einbezogen soll auch die Sicherheitsabteilung des EU-Rates (Watch Keeping Capability (WKC)) werden, die bis dahin eine Abteilung des EU-Militärstabes war.

Soweit weit, so beunruhigend.

Kripo.at wollte wissen, ob es wirklich einen geheimen Geheimdienst der EU gibt. Wir baten Hubert Pirker, einen der Abgeordneten die Österreich in der EU vertreten, um Aufklärung. Seine Antwort: das große Geheimnis ist gar keines.

Dass eine Organisation wie die EU nicht ohne nachrichtendienstliche Informationen auskommt, muss jedem klar sein. Man kann keine politischen Entscheidungen treffen, wenn man keine Unter-



lagen hat. Zuständig für die Beschaffung von Informationen war seit jeher der Auswärtige Dienst (EAD) der EU, der sich eines, 2002 gegründeten „Joint Situation Centers“ bediente. Tatsächlich war diese Stelle rechtlich nicht abgesichert. Vor allem aus Kostengründen wurde die eigene Beschaffung von Informationen, also ein Nachrichtendienst, abgelehnt.

### Bewusstseinswandel

Die Terroranschläge in Europa 2004 und 2005 bewirkten einen Bewusstseinswandel und ein Lage- und Analysezentrum mit dem Namen SitCen wurde gegründet. 2008 sprachen sich mehrere Staaten für die Gründung eines eigenen Nachrichtendienstes aus, was erst durch das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon 2009 möglich war. Über Antrag von Catharine Ashton, der Hohen Ver-

treterin der Kommission, vom 25.3.2010 wurde mit der grundsätzlichen Entscheidung des Ministerrates vom 26.7.2010 die Gründung eines Nachrichtendienstes möglich.

Im August 2012 wollten EU-Parlamentarier von Ashton wissen, was der EU-Nachrichtendienst, der weder unbekannt, noch unbenannt ist, so eigentlich tut. Die Antwort: Von EU INTCEN, so der Name des Dienstes, werden nachrichtendienstliche Bewertungen unter Heranziehung aller Informationsquellen erstellt.

### 200 Lagebeurteilungen

Bisher sind ca. 200 strategische Lagebeurteilungen und 50 Sonderberichte ausgearbeitet worden. Die Ergebnisse werden dem Auswärtigen Dienst, der Kommission und den EU-Mitglieds-

staaten übermittelt. Eine direkte Zusammenarbeit mit nationalen Nachrichtendiensten gibt es nicht, es wird jedoch erwartet, dass Erkenntnisse dieser Dienste mit EU INTCEN geteilt werden. EU INTCEN ist in die Single Intelligence Analysis Capacity (SIAC) eingebunden und kombiniert zivile Tätigkeit mit dem Nachrichtenwesen des Militärstabes (EUMS INT DIR).

Keinesfalls sind die etwa 100 Beamten unter der Leitung des Finnen Ilka Salmi so etwas wie Europa-James Bond. EU INTCEN ist eine bürokratische Einrichtung und bezieht seine Informationen ausschließlich aus offenen Quellen, Satellitendaten, diplomatischen Berichten und Informationen aus den Mitgliedsstaaten.

• R.B.



Vernetzung und gemeinsame Standards für Sondereinheiten, das ist das Ziel des 2008 auf Grund eines EU-Ratsbeschlusses gegründeten ATLAS-Verbundes, dem 36 Sondereinheiten aller 27 EU-Staaten und der Schweiz angehören. Dem organisierten Verbrechen und dem internationalen Terror soll eine Internationale von Polizeieinheiten entgegentreten. Um das theoretische Ziel auch in der Praxis zu erreichen, hält der ATLAS-Verbund regelmäßig Übungen ab. Übungsannahme ist immer, dass eine Terrorwelle Europa überzieht, der von einer einzigen Einheit nicht Paroli geboten werden kann. Mehrere Übungen dieser Art, die immer gleichzeitig in verschiedenen

Ländern durchgeführt werden, wurden bereits abgehalten. Vom 16.-18. April 2013 wurde die bislang größte Übung dieser Art unter dem Titel „Gemeinsame Herausforderung“ abgehalten (kripo.at kündigte diese Übung bereits in der Ausgabe 1/2013 an). Es sollten Terroranschläge auf öffentliche Einrichtungen in den Staaten Österreich, Belgien, Irland, Italien, Lettland, Slowakei, Spanien, Schweden und Rumänien simuliert werden. Für Österreich hatte man die Annahme einer Geiselnahme in einer Salzburger Schule gewählt. International koordiniert wurde die Übung von der deutschen Sondereinheit GSG 9.

Seminar:

## Polizei-Alltag im Krankenhaus

In Österreich gibt es etwa 200 Spitäler. Das Allgemeine Krankenhaus mit seinen zwei Bettenhäusern in Wien ist mit 11.000 Mitarbeiterinnen bei weitem das Größte. Auf 240.000 m<sup>2</sup> stehen den ca. 1500 Ärztinnen, Ärzten, ca. 3000 Krankenschwestern 28.000 Räume zur Verfügung. Jährlich betreten an die zehn Millionen Menschen das AKH, sei es als Patient, als Besucher oder Beschäftigter. Um die 100.000 Menschen werden stationär und 380.000 ambulant behandelt.

Eine Kollegin und vierzehn Kollegen aus Niederösterreich, Salzburg und Wien nahmen an unserem Seminar „Polizei-Alltag im Krankenhaus“ in der Müllnergasse teil. Dem fundierten Vortrag von Herrn Senatsrat Dr. Leopold-Michael Marzi, Leiter der Rechtsabteilung des AKH folgte eine angeregte Diskussion. Angeregt wurde die Definition der Ansprechpartner für eine verbesserte Kooperation. Ebenso ein SPOC (Single Point of Contact) für beide Seiten, die Einrichtung eines regelmäßigen Erfahrungsaustausches, auch auf den Führungsebenen sowie die Errichtung einer Polizeiinspektion im AKH. Externe Gäste waren unter anderem MR Mag. Manfred Hoza, der im Rechnungshof für die Prüfung der Spitäler zuständig ist.

### Problem Diebstahl

Wer hätte gewusst, dass jährlich an die tausend amerikanische Staatsbürger in Österreich versterben. Allein die Koopera-

tion mit ausländischen Vertretungen macht daher einen beachtlichen administrativen Aufwand aus. Das Problem Diebstahl zeigt die Hilflosigkeit von Opfern besonders deutlich auf, da Indizien darauf hinweisen, dass die Tatsache eines Spitalsaufenthaltes in mehreren Fällen auch zum Einbruchsdiebstahl in deren Wohnobjekte führte.

Das wäre ein Fall zur Auswertung durch die moderne Kriminalitätsanalyse. Verschmutzung (Littering), Bettelerei, Vandalismus, Graffitis, Fahndung nach entwichenen Patienten, Zigarettenhandel, gehören zum Tagesgeschäft der Polizei im Krankenhaus. Suchtgiftdelikte, die Attraktion des Suchtgiftschanks, Datenmissbrauch, Stalking, Aggression im Krankenhaus, Sabotage zählen zu den größeren Herausforderungen. Stark im Steigen begriffen sind Mobbing und Bossing.

### Stress bei Ärzten

Das spiegelt auch den Stress der Ärzte- und Schwesternschaft wider. Die Selbstmordrate bei Ärzten ist sechsmal so hoch als bei anderen Berufsgruppen, ein Ergebnis des Arbeitskreises „Plattform“. Seltener aber immer wieder kommt es zu Fällen der Erschleichung von Gesundheitsleistungen. Dazu zählt unter anderem der Betrug mit E-Cards um „Angehörige zu versorgen“. Aber auch Ermittlungen nach Behandlungsfehlern gehören zum Tagesgeschehen. Hinzu kommt, dass in einem multikulturellen Ambiente auch immer wieder Sprachprobleme auftreten.

• Maximilian Edelbacher

## Bundeskriminalamt 10-jähriges Bestehen und zwei Festakte

Zur Verwunderung einiger .BK-Angehöriger fanden anlässlich des 10-jähriges Bestehens des Bundeskriminalamtes zwei Festakte statt. Einer davon im Bundesministerium für Inneres unter Beteiligung eines ausgesuchten Publikums aus dem In- und Ausland und ein weiterer für das „Fussvolk“.

Die Festreden wurden via Video-Konferenz in den Festsaal des JHP, der vorübergehend von der Bereitschaftspolizei entliehen wurde, übertragen. Danach gesellten sich die Ministerin der .BK-Direktor und einige geladene Gäste zum „Fußvolk“ in das .BK. Die Teilung der Feier wurde mit Platzmangel an beiden Örtlichkeiten begründet. Nichtsdestotrotz war der Festsaal JHP gut besucht und alle erfreuten sich eines ausgezeichneten Buffets inklusive Spanferkels. Festredner im BMI waren General Lang, die Innenministerin und Jörg Ziercke, der Präsident des deutschen Bundeskriminalamtes.

### Enormer Arbeitszuwachs

Der .BK Direktor betonte, dass ein enormer Arbeitszuwachs auf das .BK zugekommen ist, neue Ziele zu definieren seien und neue Phänomene die Kriminalitätsbekämpfung erschweren. Er verglich das .BK mit einem Bergsteiger, der sein Ziel erreicht und zurück sieht, gleichzeitig jedoch beim Vorschauen weitere Gipfel, die zu erreichen wären, sieht. Er versprach auch, dass die Rucksäcke voller werden. Sein Credo: das .BK arbeitet im Hintergrund und nur in Ausnahmefällen operativ. Der Präsident des deutschen BKA hob die gute Zusammenarbeit mit dem .BK (ein verlässlicher Partner) hervor und meinte, dass das .BK und das deutsche BKA einen maßgeblichen Anteil an der Sicherheit in Europa leisteten. In Zeiten, in denen internationale Rechtshilfe ein lahmmer Gaul geworden sei, müssten sich die Sicherheitsbehörden enger vernetzen.



In Klagenfurt wurde beim jährlichen Treffens von Sektionsleitern und Vereinsvorstand erstmals auch ein Fachthema „Schattenwirtschaft und Sozialbetrug“ diskutiert.

## TREFFEN DER SEKTIONSLEITER

Klagenfurt war heuer der Ort des jährlichen Treffens zwischen Sektionsleitern und Vereinsvorstand. Erstmals wurde das Treffen auch mit einer Veranstaltung zu einem Fachthema am Vortag verbunden. Ausgewählt wurde das Thema „Schattenwirtschaft und Sozialbetrug“, das in Form von Vorträgen und einer begleitenden Diskussion im Sicherheitszentrum des LPK-Klagenfurt abgeführt wurde. Als kompetente Vortragende erwiesen sich Dr. Mag. Thomas Meißnitzer von der juristischen Fakultät der Uni-Wien und Dr. Ernst Geiger vom Bundeskriminalamt.

Das Treffen der Sektionsleiter fand dann am 28. Mai statt. Andreas Bandion (Sektion NÖ), Norbert Janitsch (Sektion Bgld.) und Leopold Just (Sektion Wr.Neustadt) wurden als neue Teilnehmer in dem Arbeitsgremium begrüßt. Im Laufe der Tagung wurden die Veranstaltungen 2012/13 bewertet und Veranstaltungen für 2013/14 besprochen und vorbereitet. Die bekanntgegebenen Zahlen der Mitgliederstatistik erfreuten allgemein: 161 neue Mitglieder zwischen 2011 bis dato sind eine beachtliche Zahl und zeigen, dass unsere Interessensgemeinschaft anerkannt und unterstützt wird.

**IMPRESSUM**

**Eigentümer und Herausgeber:** Vereinigung Kriminaldienst Österreich  
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. 050133133  
E-Mail: redaktion@kripo.at  
**Präsident:** Richard Benda  
**Chefredakteur:** Prof. Josef W. Lohmann  
**Redaktionssekretariat:** Birgit Eder  
**Gestaltung:** Christian Doneis

**Mitarbeiter:** Richard Benda, Prof. Josef W. Lohmann, Tam Hanna, Ludwig Hinterköner, Willibald Plenk, Herbert Zwickl, Mag. Manfred Zirnsack, Mag. Max Edelbacher, Helmut Bärtl, Peter Grolig, Frank Dieter Stolt

**Redaktionsadresse:**

Redaktion der **kripo.at**, A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, E-Mail: redaktion@kripo.at  
Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache mit der Redaktion mit Quellenangabe zulässig.

**Sektionsleiter in den Bundesländern:**

<b>Burgenland:</b>	<b>Eisenstadt</b>	Norbert Janitsch, burgenland@kripo.at
<b>Kärnten:</b>	<b>Klagenfurt</b>	Harald Jannach, kaernten@kripo.at
<b>Niederösterreich:</b>	<b>St. Pölten,</b>	Andreas Bändion, niederösterreich@kripo.at
	<b>Wr. Neustadt</b>	Leopold Just, wrneustadt@kripo.at
<b>Oberösterreich:</b>	<b>Linz,</b>	Helmut Kaiser, oberoesterreich@kripo.at
	<b>Wels</b>	Martin Müllner, wels@kripo.at
	<b>Steyr</b>	Josef Fuchshuber, steyr@kripo.at
<b>Salzburg:</b>	<b>Salzburg</b>	Johann Bründlinger, salzburg@kripo.at
<b>Steiermark:</b>	<b>Graz</b>	Karl Strohmeier, steiermark@kripo.at
<b>Tirol:</b>	<b>Innsbruck</b>	Wolfgang Knöpfler, tirol@kripo.at
<b>Vorarlberg:</b>	<b>nicht besetzt</b>	sekretariat@kripo.at



**Verleger:** Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28. **Anzeigenverwaltung:** A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28 **Hersteller:** DHT Feldkirchen b. Graz, Gemeinergasse 1-3. **Verlags- und Herstellungs-ort:** A-8073 Feldkirchen b. Graz **Verlagspostamt:** A-8073 Feldkirchen. Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen des öffentlichen Dienstes verfassten Beiträgen handelt es sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.

**Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:**

Medieninhaber: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H.  
Grundlegende Richtung: „kripo.at“ ist ein Informationsmedium für Exekutivbeamte und die an Sicherheitsfragen interessierten Bürger. DVR-Zahl: DVR 08885606  
„kripo.at“ erscheint sechsmal jährlich, wird allen Mitgliedern kostenlos zugesandt und ist nur per Postzustellung zu beziehen. [www.kripo.at](http://www.kripo.at)  
Veröffentlichung nach Pressegesetz.



Unsere Kooperationspartner

**TERMINE****Übungsschießen und Bestätigung des Waffenführerscheines**

**6. September 2013, ab 13.00 Uhr**  
**am Schießstand des Österreichischen Bundesheeres**  
**in Matzendorf/Hölles, Schiessplatzstrasse**

Es gibt KEINE Leihwaffen, die eigene Waffe ist mitzubringen.

Auch wenn man 30 Jahre oder länger eine Dienstwaffe getragen hat, die Behörde verlangt von jenen Polizeipensionisten die eine private Waffe besitzen die Vorlage eines Waffenführerscheines. Bei unserem Übungsschießen haben Sie Gelegenheit Ihr Können aufzufrischen und ein geprüfter Waffenwart kann Ihnen den sachgemäßen Umgang mit Schusswaffen gem. § 5 Waffengesetz – Durchführungsverordnung bestätigen.

**Das kripo.at Rätsel** 

Die in der Ausgabe 2/2013 gestellte Frage, ob die EU einen Geheimdienst hat, wird in dieser Ausgabe beantwortet. Offensichtlich ist es kein Geheimnis, denn einige Kollegen haben die Lösung (vermutlich) im Internet gefunden und uns beantwortet. Aus den eingegangenen richtigen Antworten wurde Gottfried Löffler aus Graz gezogen.

Offensichtlich weitaus schwieriger war die Beantwortung der Frage aus der Ausgabe 3/2013. Welcher hohe Polizeibeamte hatte Selbstmord begangen, nur weil ein Lutschbonbon auf Kaisers Hand gefallen ist? Hier sucht man, wenn man nicht einen Hinweis hat, vergeblich im Internet. Es langte daher auch eine einzige richtige Antwort ein. Sie lautet: Alois Persa, der sich am 3. August 1829 im 59 Lebensjahr das Leben nahm. Sepp Ortner aus Söll in Tirol hat ausgiebig recherchiert und als Einziger die Frage beantwortet.

Beiden Gewinnern wurde bereits ein Buch übermittelt.

Die Frage dieser Ausgabe ist wieder etwas leichter und sie ist auch im Internet recherchierbar:

**Welcher Journalist deckte die Affäre Oberst Redl auf?**

Wir geben einen kleinen Hinweis: Die Affäre wegen der Spionagetätigkeit von Oberst Redl darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden. Von Seite der Heeresleitung und des Staates wollte man den erzwungenen Selbstmord Redls unter den Tisch kehren, die Bevölkerung sollte nicht erfahren, dass Österreich Opfer der Spionagetätigkeit von Redl geworden war. Durch Zufall erfuhr ein Journalist, der später als der „rasende Reporter“ bekannt wurde, von der Sache, recherchierte und deckte sie auf.

**WIENER UND LINZER MITGLIEDER-TREFFS****„MITGLIEDERTREFF DER WIENER“**

Jeden 1. Montag im Monat  
ab 17.00 Uhr  
Gasthaus „d'Landsknecht“  
Porzellangasse/Ecke Thurngasse,  
1090 Wien

**„MITGLIEDERTREFF DER LINZER“**

Jeden 1. Dienstag im Monat ab  
15.00 Uhr  
Polizei-Sportbuffet,  
Linz, Derflingerstraße Nr. 5

**"KRIPO STAMMTISCH WELS"**

jeden 1. Dienstag im Monat  
ab 16.00 Uhr im PSV Heim

**TODESFÄLLE**

**Karl HANKER**  
Wels  
im 89. Lebensjahr

**Ludwig RIEGLER**  
Graz  
im 83. Lebensjahr

**Dorothea WAGNER**  
Witwe  
Leonding  
im 92. Lebensjahr

## KRIMINALITÄT KENNT KEIN ALTER

Die Bevölkerungsstatistik zeigt, dass die Menschen immer älter werden. Dieser Trend hat nicht nur Folgen für die Sozial- und Gesundheitspolitik, sondern wirkt auch auf die Kriminalität. Es bedarf aber keiner Kriminalstatistik um



zu wissen, dass ältere Menschen geringere kriminelle Energie haben als junge Menschen. Senioren sind deshalb weniger als Täter, sondern mehr als Opfer in das kriminelle Geschehen involviert. So ist zum Beispiel die Zahl der Menschen über 65 Jahren die Opfer einer Körperverletzung von 663 im Jahr 2008 auf 970 im Jahr 2012 gestiegen. Dabei ist die Körperverletzung gegenüber Betrugs- und Diebstahlsdelikten in einer vergleichbar geringeren Zahl von Tathandlungen gegeben.

Wie wird sich die Kriminalität auf Grund der Alterung der Bevölkerung verändern?

Welche Delikte werden stärker, welche schwächer werden?

Was kann man tun, um ältere Menschen vor Kriminalität zu schützen?

Diese und viele andere Fragen werden bei dem Symposium

## „Kriminalität kennt kein Alter“

am 9. September 2013,  
14.00 Uhr

im Landespolizeikommando Wien / Festsaal  
1010 Wien, Schottenring 7-9

von Vortragenden aus Österreich, Deutschland und der Schweiz beantwortet.

### Vortragende:

- Univ. Prof. Dr. Helmut Kury,  
Max Plank-Institut, Freiburg

- Mag. Henriette Höfner,  
Fachstelle f. Gewaltprävention, St.Pölten

- Hans-Ullrich Helfer,  
Präsident „Humanitas Helvetica“ Zürich

- Christan Schnatter,  
Bez.Insp. LPK-Wien

## Profiling von Räufern/Räuberinnen

11. September 2013, 08,30 – 12.00

Landespolizeikommando Wien – Festsaal

### Vortragender:

Daniel Smeritschnig, MSc

Im Anschluss lädt die VKÖ zu einem Buffet



## Pensionistenausflug 2013

35 Reiseteilnehmer trafen sich am 25. Mai beim Burgtheater um mit dem Autobus in Richtung Güssing zu fahren. Nach der Auffahrt mit Schrägaufzug, zur 1174 auf einem erloschenen Vulkankegel errichteten Burg, genossen die Reiseteilnehmer eine Führung durch die Burg.

Nach dem Mittagessen im Burgrestaurant im Witwenturm einnahmen, ging es nach Heiligenbrunn, wo wir an einer Führung durch das Kellerviertel mit seinen strohgedeckten Dächern teilnahmen. Den Abschluss bildete der Besuch in der Buschenschank der Familie Heindl, wo uns bei Speis und Trank (dem dort regionalen Uhdler) burgenländische Gastfreundschaft gezeigt wurde. Obwohl uns das Wetter nicht besonders gut gewogen war, war es ein geruhsamer und schöner Tag.

• Herbert Raus, Reiseleiter



vl.n.r. VKÖ Vizepräs. Bärthl, VKÖ Bild.Ref. Mag. Edelbacher mit den Ausgezeichneten Smertschnig, Pesendorfer und Wipfler

## VKÖ Stipendiaten: Abschlussfeier im Stift Göttweig

Im Juni fand die akademische Feier des 6. Masterkurses der Sicherheitsausbildung der Donauuniversität Krems im Stift Göttweig statt. drei KollegInnen der Polizei schrieben zu aktuellen Themen wie: „Kraftfahrzeugdiebstahl“, „Bankraub“ und „Verdrängungseffekt der Drogenkriminalität am Karlsplatz“ ihre wissenschaftlichen Thesen nieder. Einer Teilnehmerin, Frau Margit Wipfler, Kollegin bei der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität, und siebzehn Teilnehmer, darunter zwei weitere Kollegen der Polizei, Daniel Smertschnig aus Vorarlberg, und Kollege Franz Pesendorfer aus Wien wurden feierlich die Graduierungsurkunde überreicht. Die Donauuniversität Krems bietet in Österreich Sicherheitsausbildung auf höchstem Niveau an. Im Zentrum für Infra-

strukturelle Sicherheit wurde bereits zum sechsten Mal der Masterkurs für Security and Safety Management, der jeweils vier Semester lang dauert, durchgeführt. Die Studentinnen und Studenten werden in diesem Postgraduate-Studienlehrgang zum Abschluss ihres Studiums mit der Verteidigung ihrer Masterthesen herangeführt. Die Masterthese über die Situation am Karlsplatz wurde vom wissenschaftlichen Beirat der Donauuniversität zu einer der zwei interessantesten mit dem Kerberos Preis, der in jedem Lehrgang für die beste schriftliche Arbeit von der Firma Siemens gespendet wird, Preis ausgezeichnet. Im Anschluss an die Überreichung der Masterdiplome an die Absolventinnen und der Überreichung der Auszeichnungen, durch den Herrn Vizepräsidenten der Vereinigung Kriminaldienst Österreich, Helmut Bärthl, an unsere drei KollegInnen, gab es im Stift Göttweig Restaurant einen kleinen Imbiss. So fanden Geist und Körper im Kreise der Freunde und Angehörigen nach den Anstrengungen der akademischen Arbeit wieder zur bodenständigen Balance.

Die Arbeiten dieser KollegInnen verdienen es im breiteren Rahmen der Öffentlichkeit vorgestellt zu werden. Die Themen berühren wichtige Sicherheitsinteressen und ihre Publikation wäre ein wichtiger Beitrag zur Kriminalprävention.

• Mag. Maximilian Edelbacher

# Löschnak und die Sicherheitsmilliarde

*Als Dr. Franz Löschnak am 2. Februar 1989 das Innenministerium übernahm, fand er eine Truppe vor, die gezeichnet war von desolaten Dienststellen, einem veralteten Fuhrpark und antiquierten Fernmeldemitteln. Vor allem hatte aber sein Vorgänger Karl Blecha, ein Freund großer Worte aber wenig Taten, einen Reformstau in der Organisation hinterlassen.*

Entgegen den üblichen Gepflogenheiten von Innenministern, die sich von ihrer hohen Beamtenschaft über den Zustand des Resorts informieren ließen, ging Löschnak nach der Amtsübernahme selbst auf Fact-finding-mission. Monatlang besuchte er Dienststellen in ganz Österreich und scheute auch nicht davor zurück, kleine und kleinste Polizei- und Gendarmerieposten zu besuchen. Was er vorfand, gefiel ihm offensichtlich nicht sehr. Die Klagen waren überall dieselben: Zu wenig Leute, keine Ausrüstung, fehlendes oder abgewohntes Mobiliar und baufällige Dienststellen. Irgendwie hatte sich die Welt verändert, doch bei Polizei und Gendarmerie schien die Zeit stehen geblieben zu sein.

Dabei brodelte es in den Ländern rund um Österreich, der „Eiserne Vorhang“ zeigte Roststellen und Ungarn begann am 2. Mai des Jahres 1989 den Zaun abzubauen. Als am 19.8. desselben Jahres tausende DDR-Bürger von Ungarn nach Österreich strömten, waren sie nur die Vorhut einer Armada von zehntausenden Bürgern aus den benachbarten Ländern im Osten. Die Folge waren hunderte Busse mit Menschen aus den Ostländern, die nicht alle nur das kapitalistische Österreich freundschaftlich besuchen wollten, sondern auch ein gerüttelt Mass an Kriminellen die schnellen Wohlstand durch kri-

minelle Taten im kapitalistischen Westen erreichen wollten.

Wieder einmal hatte die Geschichte das Heft in die Hand genommen und Reformpläne innerhalb der Exekutive gestoppt – und der Plan Löschnaks war eine Reform der Sicherheitsbehörden in Österreich. Die Reform, die bereits Franz Olah 26 Jahre früher angedacht hatte, sollte endlich verwirklicht werden – Polizei und Gendarmerie sollten zu einer einzigen Truppe zusammengelegt werden. Wie Löschnak auch heute noch klarstellt, war nicht daran gedacht Personal einzusparen, sondern die vorhandenen personellen Ressourcen sollten sinnvoller eingesetzt werden. Auch die personelle Austauschbarkeit sollte in einer Zeit der rasanten gesellschaftlichen Entwicklung gefördert werden.

Löschnak musste erkennen, dass durch die Ostöffnung mit ihrer veränderten Kriminalität und neuen Sicherheitsherausforderungen, das Innenministerium und auch die Mannschaft wohl überlastet worden wären, hätte man nun eine Reform mit Gewalt durchgesetzt. Mehr Glück hatte er bei der Lukrierung von Geldern für die marode Hardware der Exekutive. Er konnte Bundeskanzler Franz Vranitzky und Finanzminister Ferdinand Lacina überzeugen, dass die Exekutive ohne Geldspritze bald nicht mehr ein-



*„Warum es unter meiner Zeit nicht zu einer Zusammenlegung von Gendarmerie und Polizei kam? Es war noch nicht soweit. Es war auch nie geplant die Kriminalpolizei in einem gemeinsamen Wachkörper von Gendarmerie und Sicherheitspolizei einzubeziehen. Vorgesehen war lediglich eine höhere Beweglichkeit.“*

satzfähig wäre. Eine Milliarde Schilling, auf drei Jahre verteilt, flossen zum normalen Budget ins Innenministerium. Sicher ein Kunststück, dass niemand vor und niemand nach Löschnak geschafft hat. Vor allem wurden baufällige Dienststellen umgebaut oder neue geschaffen, der Fuhrpark erneuert und Computer angekauft. Die Einführung von BAKS 1 (Büro Automatisations- und Kommunikationssystem) machte eine flächendeckende Ausrüstung mit Computern notwendig. Seinen Versprechungen, dass er bei seinen Antrittsbesuchen auf den Dienststellenbesuchen abgab, dass sich etwas ändern werde, glaubte dazumal am Beginn seiner Amtszeit eigentlich niemand. Zu viel hatte sein Vorgänger versprochen und zu wenig gehalten, jetzt waren aber die Investitionen augenscheinlich. Ein Minister der hält was er verspricht – eine Seltenheit.

Geschenkt wird nichts, schon gar nicht in der Politik. Löschnak forderte als Ausgleich für die verbesserte Infrastruktur durch die Sicherheitsmilliarde Änderun-

gen in der Organisation. Der Zusammenlegung mit der Polizei konnte man im Gendarmeriebereich aber wenig abgewinnen. Der Widerstand gegen eine Zusammenlegung in der Gruppe B war unüberwindbar. Eher waren die führenden Herren geneigt eine Reform im eigenen Haus, der Gendarmerie zuzulassen. Unter der Leitung von General Seiser wurde ein Reformkonzept erstellt, auf dessen Grundlage etwa 300 Klein- und Kleinstposten geschlossen wurden. Posten mit 2-3 Mann, die zur Nachtzeit unbesetzt waren, konnten in Zeiten der Mobilität nicht gehalten werden. Der Widerstand war vorhersehbar, er kam nicht nur aus den Reihen der Gendarmeriebasis, sondern auch von den betroffenen Bürgermeistern. 2-3 Jahre dauerte es, bis der Widerstand der Dorfbauern einzeln gebrochen worden war und sie einsahen, dass der „Dorfgedarm“ ein Relikt aus vergangenen Zeiten war.

War also die Ostöffnung dafür verantwortlich, dass es nicht schon 89/90 zu einer Zusammenlegung der Wachkörper kam? Löschnak verneint diese Frage, es waren noch weitere Faktoren ausschlaggebend. Die Entwicklung des Rechtssystems in Verbindung mit der veränderten Kriminalität forderte förmlich eine neue gesetzliche Grundlage für das polizeiliche Handeln. Das Fremdenrecht musste erneuert und ein Sicherheitspolizeigesetz kreiert werden. 2 ½ Jahre lang tüftelten Juristen und Abgeordnete um eine zukunftssträchtige Gesetzesmaterie auf den Tisch zu bringen. Fruchtbringend erwies sich dabei, dass Löschnak auf eine 12 jährige Praxis



**Löschnak und die "Polizeilegende" Joschi Holaubek**

als Abgeordneter zurückblicken konnte und mit Willibald Baar als Sonderbeauftragten für das Fremdenrecht einen kompetenten Mitarbeiter zur Hand hatte.

Unter Löschnak kam es auch zu einer, in der Geschichte des Innenministeriums, einmaligen Aktion. 1.000 Experten aus allen Bereichen des Ressorts sollten ihre Meinung in Arbeitsgruppen abgeben, wie sie sich die Zukunft der Exekutive vorstellen könnten. Nicht die Ministerialbürokratie mit ihrer gefilterten Wirklichkeit sollte gefragt werden, sondern die Leute von der „Front“. Und so saßen in den dutzenden Arbeitsgruppen Gendarmen, uniformierte Polizisten und Kriminalbeamten an einem Tisch (übrigens saß auch der Verfasser dieser Zeilen an einem) und dachten über die Zukunft der Exekutive nach – ein Vorgang, der in den hohen Rängen nie wirklich stattfand, sieht man von Eigeninteressen ab. Das Ergebnis der einzelnen Arbeitsgruppen wurde in einem Endbericht zusammengefasst und was das Er-

staunlichste war, die Meinung der Basis unterschied sich sehr wohl von der der Ministerialbürokratie. Offensichtlich sah die Basis die Trennung zwischen Polizei und Gendarmerie nicht als gottgegeben, sondern als Hemmnis. Vor allem wurde für eine Zusammenlegung der damaligen Erhebungsgruppen der Gendarmerie und dem Kriminalbeamtenkorps plädiert, ein Umstand der erst nach dem Jahr 2003 Wirklichkeit werden sollte.

Als im April 1995 die Ära Löschnak zu Ende ging, waren viele Konzepte und Pläne, soweit sie die Organisation betrafen, noch nicht verwirklicht, doch von Seite der Gesetzgebung und der Ausrüstung, vor allem durch den Einstieg in das Computerzeitalter, war der Sprung in die Neuzeit getan worden. Noch jahrelang zehrte die Truppe von der Sicherheitsmilliarde, denn bei den folgenden Ministern, kam Geld und Reformeifer fast völlig zum Stillstand.

• Richard Benda



# Shitstorm

*Internetnutzer sind bössartig und nachtragend – sie verzeihen Unternehmen und Privatpersonen keine Fehler. Passiert ein Ungeschick, so bricht ein Shitstorm über den Verursacher herein.*

Normalerweise beginnt dies, indem User negative Kommentare in Facebook, Twitter und/oder ihrem privaten Blog online stellen. Die meisten Shitstorms starten auf Facebook – ist ihr Unternehmen dort nicht vertreten, so fällt das Starten einer solchen Kampagne nicht so leicht. Gegen eigens für den Zweck eines Shitstorms erstellte Facebook-Gruppen hilft das Mittel der Meldung – der Betreiber entfernt diese Gruppen meist sehr rasch. Verweigert Facebook die Entfernung, so lässt sich der Besitzer der Gruppe oft durch eine Spende ruhigstellen.

Ein kleiner Shitstorm lässt sich meist ohne große Probleme erschlagen. Kritisch wird es erst dann, wenn gruppenspezifische Effekte in Aktion treten. In diesem Fall verbreitet sich die Nachricht durch verschiedene soziale Netzwerke mit rasender Geschwindigkeit. Zu diesem Zeitpunkt genügt es oft nicht mehr, den ursprünglich Betroffenen zu beruhigen.

Hardcore-Internetuser haben oft einen sehr ausgeprägten Gerechtigkeitssinn. Da es zwischen ihnen und der „normalen Userschaft“ nur wenig Überschneidungspunkte gibt, ist ein Shitstorm unter „Netizens“ für viele Firmen kein Problem. Leider erreicht ein Shitstorm ab einer gewissen Größe auch reale Printmedien. In diesem Fall wird die Situation brisant, da auch nicht mit dem Internet verbundene

User über die Vorfälle erfahren. Trifft ein Shitstorm ein unbekanntes Unternehmen, so ist dies unter Umständen von Vorteil. Aufgrund der Gruppendynamik sind tausende Nutzer mit dem Namen der Firma konfrontiert – schlechte PR ist in vielen Fällen besser als gar keine PR.

## Shitstorm gegen Privatpersonen

Shitstorms richten sich im Allgemeinen gegen Unternehmen oder regierungsnahen Organisationen. Privatpersonen sind in der Regel zu uninteressant, um große Benutzerbewegungen auszulösen. Kritisch sind Shitstorms gegen Privatpersonen nur im Schulbereich (Cybermobbing). In diesem Fall genügt es in der Regel, einige Strafanzeigen zu stellen – das Vorgehen gegen Mobster erregt fast nie weitere Aufmerksamkeit von Seiten der Netzgemeinde.

## Shitstorm bekämpfen

Die Bekämpfung eines Shitstorms ist alles andere als einfach – die wildgewordenen Nutzer verhalten sich wie eine trabende Büffelherde. Übermäßiges Interagieren mit den randalierenden Usern „geht“ diese unter Umständen weiter auf, was die Intensität der Rückmeldungen erhöht. Andererseits ist komplettes Ignorieren auch nicht das Mittel der Wahl, da es ebenfalls zu „Aufgeilung“ führt.

Ein weiteres – leider auch nur in beschränktem Maße nützliches – Mittel ist das gezielte juristische Attackieren von Lästlingen. Dabei steht dir eine Vielzahl von Mitteln zur Verfügung, bei denen zum Teil (da Straftatbestand) nicht einmal Kosten anfallen. Ein kompetenter Rechtsanwalt ist auf jeden Fall der geeignete Ansprechpartner; allerdings besteht auch hier ein Risiko weiterer „Aufgeilung“.

Jahrelange praktische Erfahrung zeigt, dass Shitstorms von vergleichsweise kurzer Dauer sind. Sogar der in der New York Times beschriebene Aufstand gegen Scientology hat mittlerweile stark an Kraft verloren – manchmal ist Aussitzen der beste Weg. • Tam Hanna

## Fazit:

Ein Shitstorm ist eine der schlimmsten Situationen im Leben eines PR-Managers. Es gibt kaum ein anderes Vorkommnis, in dem Erfolg und Disaster so nahe beieinander liegen scheinen. Die praktische Erfahrung zeigt allerdings, dass Ruhe oft der beste Berater ist – die meisten Firmen haben gegen sie gerichtete Shitstorms bisher ohne großes Aufsehen überstanden.



# Die Rückkehr der Plünderer

*In den Wochenschauen vom 2. Weltkrieg sieht man sie noch, die Tafeln mit der Aufschrift "Plünderer werden erschossen". Diese Warnung erging an alle, die versuchten sich aus den Bombenruinen von Häusern und Geschäften Brauchbares zu eigenen Vorteil anzueignen.*

Bei den jüngeren Generationen geriet der Begriff des "Plünderns" nahezu in Vergessenheit und wurde wenn überhaupt nur in Zusammenhang mit kriegerischen Handlungen gebraucht. Seit kurzer Zeit scheint sich eine Rückkehr der Plünderer abzuzeichnen.

Der ORF bezieht sich auf die Mitteilung mehrerer Polizeidienststellen die im Zusammenhang mit dem Hochwasser im vergangenen Juni über eine zunehmende Anzahl von Anzeigen wegen Plünderi berichteten.. Ziel der Plünderer ist eigentlich alles was beweglich und halbwegs transportabel ist. Kabel, Geräte, Möbel, und Geschirr aber auch Angeln gehörten zur Beute.

In Aschach an der Donau (Bezirk Eferding) wurden vom Gelände der Feuerwehr Kabel und Geräte gestohlen, die dort zum Trocknen aufgestellt waren. Im selben Ort entwendete Unbekannte vor dem Haus eines Bäckers zwei zum Trocknen herausgestellte Vitrinen im Wert von 20.000 Euro.

In einem Gastgarten wurde eine Hütte, deren Schloss durch das Hochwasser zerstört war, leergeäumt.

Während von Unglücksfällen betroffene Menschen bislang eher selten Opfer solcher krimineller Machenschaften wurden scheinen sich nun europaweit diese Delikte in erstaunlicher Weise zu vermehren. Brände, Flugzeugabstürze und Verkehrsunfälle werden zunehmend zum Selbstbedienungsladen Krimineller.

Besonders dramatisch ist ein nur wenige Wochen zurückliegender Fall aus Frank-

reich.

Freitag, den 12. Juli 2013, kurz nach 17 Uhr: Ein Intercity-Zug Richtung Limoges entgleit

mit fast 140 Stundenkilometern im Bahnhof von Brétigny-sur-Orge ungefähr 40 Kilometer südlich von Paris. Ein Wagen stürzt auf den Bahnsteig und reißt dessen Überdachung mit sich.

Die Rettungskräfte 300 Feuerwehrleute und 20 Notarzt-Teams sowie Polizeieinheiten sind rasch am Ort. Sie befreien etwa 30 Verletzte aus dem Chaos verbogener Bleche und bergen sechs Todesopfer. Dabei beobachten sie, dass sich eine Gruppe von etwa 50 Personen aus einem benachbarten Sozialghetto unter die Retter mischt. Zuerst denken sie, die jungen Männer seien gekommen, um zu helfen. Doch bald stellen sie fest, dass es die überwiegend Jugendlichen auf die Handtaschen mit den Smartphones und Geldbörsen der Opfer abgesehen haben.

Als Polizisten und Feuerwehrleute versuchen, die Leichenfledderer zur Rede zu stellen, werden sie mit Steinen beworfen. Am Ende werden die Plünderer von der polizeilichen Eingreiftruppe CRS vertrieben.

Nathalie Michel, Sprecherin einer Polizeigewerkschaft, machte beim privaten Rundfunksender Europe 1 ihrer Entrüstung über die Plünderer Luft. Dieses Verhalten sei »inqualifiable, monstrueux« (unerhört, ungeheuerlich), rief sie aus. Der örtliche sozialistische Abgeordnete Jérôme Guedj nannte die Plünderer auf Twitter »düstere



unmenschliche Kretins«.

Diese Empörung ist verständlich, weil der Vorfall in Brétigny nicht aus heiterem Himmel kam. Im März dieses Jahres hatte in Grigny, nicht weit von Brétigny, eine Gang 15- bis 17-Jähriger unter Androhung von Gewalt die Reisenden eines mithilfe der Notbremse angehaltenen Regionalzuges abkassiert. Alle Wertgegenstände wie Schmuck, Smartphones, Kreditkarten und Bargeld mussten diese aushändigen. Schon im Juni standen die Täter vor Gericht. Doch die Richter zeigten offenbar allzu großes Verständnis. Sie ließen sie mit einer »feierlichen Ermahnung« laufen.

Während die Politik teilweise versucht alle diese Vorfälle zu bagatellisieren sieht man in mehreren Ländern Europas eine Zunahme dieser Verbrechensform die zweifelsfrei auch soziale Wurzeln hat. Spontane Plünderungen (Flashrobs) sind in den USA, aber auch anderen Staaten Südamerikas mittlerweile gängiger Alltag (kripo.at berichtete bereits vor einiger Zeit über diese Deliktsparte) In einigen Städten Deutschlands und Frankreich wurde in diesem Zusammenhang auch immer wieder der Ruf nach einer "Bürgerwehr" laut.

Tatsache ist, dass sich Gesetzgeber und Gerichte künftig vermehrt mit solchen Delikten und ihren Folgen auseinandersetzen müssen.

• JWL

# Zund 3.0

## Gute & Böse



Edward Snowden. Ist er ein Guter? Ein Held, der für unser aller Freiheit sein Leben riskiert? Oder ist er ein Böser? Ein hundsgemeiner Verräter, der die Sicherheit der Welt aufs Spiel setzt?

Edward Snowden ist das, was man „Whistleblower“ nennt. „To blow the whistle“ bedeutet übersetzt „in die Pfeife blasen“, man könnte auch sagen: Er verpfeift jemanden. Den allgemeinen Erklärungen nach versteht man unter einem „Whistleblower“ einen Menschen, der mit seinem (Insider-)Wissen Missstände, Skandale und vieles mehr aufdeckt, meist zu seinem persönlichen Nachteil.

Die Bezeichnung ist prinzipiell positiv besetzt, speziell im englischen Sprachgebrauch. Doch wie uns Edward Snowden nun gelehrt hat: Der Grat zwischen Freund und Feind ist ein (ganz) schmaler, einmal mehr bestimmt der Standort den Standpunkt. Nur ganz am Rande möchte ich erwähnen, dass ich die Empörung vieler (westlicher) Politiker über das, was Snowden über die Methoden amerikanischer (und anderer) Geheimdienste so erzählt, einfach lächerlich finde. Nicht umsonst wird in diesen Kreisen oft und oft von „befreundeten Diensten“ gesprochen. Wobei man jetzt natürlich auch einwerfen könnte: Wer ist Freund? Wer Feind? Aber gut.

Sucht man nach „Whistleblowern“ mit Österreich-Bezug, landet man bei „Wikipedia“, der allwissenden Internet-Enzyklopädie, einen einzigen Treffer: „Herbert Amry, ein österreichischer Diplomat und Nahost-Experte. Er machte 1985 die österreichische Regierung beharrlich auf

illegale Waffengeschäfte einer staatseigenen Rüstungsfirma mit dem damals kriegführenden Iran aufmerksam. Kurz darauf starb er plötzlich mit 46 Jahren an Herzversagen. Einige Jahre später lösten seine Enthüllungen eine Staatsaffäre in Österreich aus, den Noricum-Skandal“.

Geht es nach den Vorstellungen der für die heimische Strafverfolgung zuständigen Politiker, so können sich die „Macher“ von „Wikipedia“ schon einmal warm anziehen. Weil die Liste der heimischen „Pfeifen“ (nein, nicht die der Politiker, die der Aufdecker) könnte schon bald länger werden. Viel länger. Denn das Justizministerium hat bereits (probeweise) eine Internetplattform eingerichtet, auf der Hinweise zu Korruption und Wirtschaftskriminalität anonym und unter Umständen unter Zusicherung von Straffreiheit gegeben werden können. Und im Innenministerium wird überlegt, wie man die Bevölkerung in die digitale Informationsgewinnung einbauen kann.

Sich diesen „Zund 3.0“, um es internettauglich zu formulieren, aufzubauen, ist sicher angebracht. Doch je breiter dazu aufgerufen wird, per Mausklick (anonym) Hinweise zu geben, desto größer wird die Gefahr der Vernadern. Natürlich kann man jetzt einwenden: Ob ein anonymer Hinweis im World-Wide-Web auf verschlungenen Wegen sein Ziel findet oder ob diese oder jene Information auf einen Bierdeckel geschmiert und in Justitias Postkasten geworfen wird – der Unterschied ist marginal. Schon richtig.

Was mich bedenklich stimmt, ist der Aufruf des Staates dazu. Und der Zeitpunkt!

Kaum sind Korruptionsfälle in aller Munde, besinnt sich die Politik des „Whistleblowers“. Fehlt nur noch eine Inseratenkampagne „Gesucht wird: Informant mit Insiderwissen“. Denn wenn man sich die Riege der zuletzt von Rechnungshof und/oder Staatsanwälten geratenen Personen so anschaut oder jene Fälle auflistet, die nicht vor Gericht gelandet sind (etwa weil ein Staatsanwalt eine Anzeige „übersehen“ hat), dann kann man sich folgenden Eindrucks nicht erwehren: „Haltet den Dieb! Er hat mein Messer im Rücken...“ Natürlich hat der Staat das Recht und die Pflicht, alles zu unternehmen, um Bösewichtern aller Art auf die Spur zu kommen. Wobei es in einem demokratischen Rechtsstaat auch auf gesellschaftliche Spielregeln ankommt. Das Internet zur Hinweisgewinnung zu nutzen ist gut, der Aufruf zum kollektiven Vernadern ist es nicht. Er hat einen Beigeschmack.

Apropos Beigeschmack: Das führt mich zum Abschluss zurück zum Anfang, zu Edward Snowden. Mit dem hat sich nämlich ein gewisser Ernst Strasser (sie wissen schon: nicht rechtskräftig und so) via „Facebook“ verglichen: Er, Strasser, habe es ja immer schon gewusst hat, wie böse Geheimdienste sind – er, das Opfer der Schlapphüte-Weltverschwörung. Damit hatte der aus Grieskirchen stammende, in St. Pölten gewissermaßen sozialisierte und zuletzt selbsternannte 007-Verschnitt heimischen Ursprungs einmal mehr zumindest Lacher und Kommentatoren-Gespött auf seiner Seite.

Frank D. Stolt

## Brandstiftung durch Feuerwehrangehörige - Erkennung und Prävention



Fälle von Brandstiftung durch Feuerwehrangehörige nehmen zu und sind immer wieder in den Schlagzeilen. Sie schädigen nicht nur das Ansehen der Feuerwehren, die Schadenssummen erreichen eine volkswirtschaftlich bemerkenswerte Höhe.

Warum werden Brandschützer zu Brandlegern? Welches sind die Tatmotive? Was können die Feuerwehren tun, um das Brandlegen aus den eigenen Reihen zu verhindern?

Der Autor, Brand- und Explosionsursachenermittler, hat innerhalb seiner beruflichen Tätigkeit eine langjährige Analyse- und Forschungsarbeit zur Täterschaft und den Hintergründen vorgelegt.

Ziel ist es, ein praktikables Präventionsmodell zur Vorbeugung von vorsätzlichen Brandstiftungen zu entwickeln und Wege für eine praxisgerechte Umsetzung aufzuzeigen. Dazu gehört auch die entsprechende Schulung der Führungskräfte und Ausbilder.

272 Seiten, Broschur, DIN A5, ISBN 978-3-940286-17-8, Euro 34,80

### Der Autor:

Sicherheitsfachwirt (FH) Frank D. Stolt (M.Sc., M.Sc., M.A.)

ist studierter Brandschutz- und Sicherheitsexperte sowie Kriminologe und Polizeiwissenschaftler. Neben seiner 13-jährigen Tätigkeit im In- und Ausland als Sachverständiger für die Ermittlung von Brandursachen und Explosionen kommen jahrelange Lehrtätigkeit in der Aus- und Fortbildung bei Polizei und Feuerwehr sowie internationale Vortragstätigkeit hinzu. Er ist Fachberater "Feuerwehr" der Feuerwehr in Mannheimberater.

Hans-Jürgen Rusch

## Terroralarm auf der Ostsee „Gekapert“

Wer einmal Seeluft geschnuppert hat, der kommt davon nicht mehr los. So geht es auch Autor Hans-Jürgen Rusch. Der ehemalige Marineoffizier bemerkt auch heute noch, wie sein Herz schneller schlägt, wenn er ein Schiff betritt oder wenn ihm der Wind an der See um die Nase weht. Das spürt man auch in seinem neuesten Kriminalroman „Gekapert“, der den Leser wieder an die Ostsee entführt. Er verknüpft geschickt Spannung mit einem aktuellen politischen Thema und verbreitet mit atmosphärischen Landschaftsbeschreibungen viel Lokalkolorit. Die Raketenkorvette „Hans Beimler“ lag 20 Jahre in Peenemünde. Im August 2011 wird sie nach Dänemark überführt. Planmäßig verlässt der Schleppzug den Hafen und läuft an der Küste Rügens nach Norden. Kap Arkona ist passiert, da kapert eine Crew entschlossener Männer das Schiff und versenkt den vorausfahrenden Schlepper. Die „Hans Beimler“ verschwindet in den Weiten der Ostsee. Bundespolizei und Marine starten eine groß angelegte Suchaktion nach dem entführten Schiff – nicht wissend, dass ein verheerender Terroranschlag droht ...

und Elektrotechnik. Als Offizier fuhr er auf einem Gefechtsversorger und lehrte anschließend an der Offiziershochschule in Stralsund als Dozent und Fachgruppenleiter.

Nach der Wende quittierte er den Dienst in der Armee und zog 1991 mit seiner Familie in das niedersächsische Umland von Bremen. Es folgten Jahre in einem Bremer Familienunternehmen, bevor er 2005 einen eigenen Betrieb gründete.

"Gekapert"  
Der zweite Schlag  
des Arno Janning  
405 Seiten  
12 x 20 cm  
Paperback  
ISBN 978-3-8392-1373-5  
11,99 €



Hans-Jürgen Rusch, geboren 1957 in der Niederlausitz und aufgewachsen auf Rügen, studierte Schiffsbetriebstechnik